

168/J

des Abgeordneten Anschöber, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Schadensersatzzahlungen der Länder - Straßenbauskandale

Die Straßenbauskandale bei Pyhrn, Arlberg, Karawanken und Ostautobahn zeigen allesamt das gleiche Strickmuster, das in einer völlig versagenden Bauaufsicht der Länder gipfelt. Dementsprechend wurden erste Schritte in Richtung Haftungsübernahme und Schadensersatzzahlungen durch die von der versagenden Bauaufsicht betroffenen Länder in den vergangenen Monaten bereits gesetzt. In zwei Anfragebeantwortungen des Finanzministers in dieser Causa wurden erste Zwischenstände der aus dieser versagenden Bauaufsicht entstehenden Schadensersatzforderungen an die jeweiligen Bundesländer gegeben. In der Zwischenzeit sind allerdings eine Reihe neuer Entwicklungen eingetreten, insbesondere wurde vom Finanzministerium argumentiert, daß die konkrete Höhe der Schadensersatzforderungen gegen das Land Oberösterreich erst mit Beginn des Straßenbauprozesses in Innsbruck erörtert und erarbeitet wird. Nun ist dieser Straßenbauprozess beendet, es wurden zwar keine strafrechtlichen Verurteilungen im Bereich der Bauaufsichten verwirklicht, dennoch wurde in den Grundzügen aber das Versickern enormer Gelder, das unter anderem dazu führte, daß 170 Millionen Schilling von den betroffenen Baufirmen bereits zurückverhandelt wurden, dokumentiert.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Wie lauten die Werksverträge der Straßenbausondergesellschaften mit den Bundesländern Kärnten, Burgenland, Steiermark und Oberösterreich im Wortlaut?
2. Wie lautet die Höhe der Schadensersatzforderungen an die vier oben erwähnten Bundesländer?
3. In welchen konkreten Stadium befinden sich diese Schadensersatzforderungen?
4. Wie lauten jeweils die Begründungen dieser Schadensersatzforderungen und mit welchen konkreten Schriftverkehren und mit welchen konkreten Rechtsschritten wurden Maßnahmen in Richtung Eintreiben dieser Schadensersatzforderungen realisiert?
5. Wie lautet der konkrete Zwischenstand der jeweiligen Verhandlungen?
6. Welcher Briefverkehr bzw. welche Verhandlungen wurden in dieser Angelegenheit seit Jahresbeginn 1995 durchgeführt?
7. Wann werden in den jeweiligen Bundesländern die Entscheidungen über die Schadensersatzforderungen gefällt?

8. Welche Antworten liegen aus den betroffenen Bundesländern im Wortlaut vor?
9. Welche Belege liegen für die nicht ausreichend verwirklichte Aufsichtspflicht der Bauaufsicht und damit für eine nicht ausreichende Vertragserfüllung konkret und im Detail in den jeweiligen oben angeführten Fällen vor?